Dieses Dokument ist lizenziert für Systemkennung für Basisaccounts, u352097a.
Alle Rechte vorbehalten. © Kölnische Rundschau. Download vom 01.12.2025 09:42 von https://www.genios.de.

Linda Zervakis über die Herausforderungen für die nächste Generation

Welt ›› Seite 30

Erfolg in der Champions League

Bayers großer Sieg bei Manchester

Sport ›› Seite 21

Marc Steinmann ist neuer Direktor des Kolumba-Museums

Kultur ›› Seite 8

Kölnische Rundschau

DONNERSTAG, 27. NOVEMBER 2025 | UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR KÖLN | RSK • 2,40 EURO

AUSSTELLUNG IN KÖLN

Eindrucksvolle Bilder einer vielseitigen Nonne

Margarita Neteiler war Ordensschwester am Krankenhaus Hohenlind. Nach dem Zweiten Weltkrieg lichtete sie Schäden rund um den Dom ab. Foto: Neiteler/Rheinisches Bildarchiv

›› Köln Seite 36

Staatssekretär warnt vor russischem Angriff auf Nato-Land

Hartmann: Moskau füllt Waffenlager – Trump verteidigt seinen Unterhändler Witkoff

Köln/Washington. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Sebastian Hartmann (SPD) hat in deutlichen Worten vor einer Bedrohung von Nato-Staaten durch Russland gewarnt. „Die russische Seite unterscheidet nicht zwischen Frieden, Krise und Krieg, sondern der Übergang ist fließend, und hybride Aktionen laufen – vom Anschlag bis zum Versuch der Wahlbeeinflussung“, sagte Hartmann der Rundschau. Ein erheblicher Teil der russischen Rüstungsproduktion werde nicht an die Front im russisch-ukrainischen Krieg geführt, sondern eingelagert, sagte Hartmann, „und man darf fragen: wofür eigentlich?“ Die „Ableitung“ für die Nato daraus laute: „Wir müssen auch in der Lage sein, unsere Lager zu füllen.“

„Wir wollen nicht abhängig sein von wem auch immer“

Hartmann verwies auf die aktuelle gemeinsame Sicherheitsanalyse der Nato, die zu dem Schluss gekommen sei, „dass die Russische Föderation in der Lage ist, 2029 an einem beliebigen Punkt unseres Bündnisgebiets einen großflächigen territorialen Angriff zu ihren Bedingungen zu führen“. Das gelte unabhängig vom Verlauf des Ukrainekrieges und bedeute nicht etwa, „dass es erst 2029 so weit sein kann“.

Angesichts der Bedrohungslage muss die Bundeswehr laut Hartmann „bereits jetzt in der Lage sein, das Nato-Bündnis zu verteidigen“. Hartmann zeigte sich überzeugt, dass die Bundeswehr genug Freiwillige gewinnen werde, um „Schritt für Schritt auf die Zahl von 40.000 pro Jahr“ zu kommen, die auf Dauer angestrebt werde.

Die neue nationale Weltraumstrategie diene der „Absicherung unserer wirtschaftlichen Aktivitäten in Friedenszeiten, aber auch der Kommunikation im Spannungs- und Verteidigungsfall“, sagte Hartmann. „Das ist eine Frage unserer nationalen Souveränität: Wir wollen nicht abhängig sein von wem auch immer, sondern selbst in der Lage zu sein, unsere Kommunikations- und Informationswege zu verteidigen.“

In die hektische Diplomatie zur Ukraine kommt unterdessen durch angebliche abgehörte Telefonate zwischen Unterhändlern der USA und Russlands zusätzliche Aufregung. In die Kritik geriet der US-Sondergesandte Steve Witkoff; allerdings nahm Präsident Donald Trump ihn sofort gegen den Vorwurf übermäßiger Nähe zu Russland in Schutz.

„Das ist eine ganz normale Sache“, sagte der Republikaner, als er zu einem heiklen Bericht der Nachrichtenagentur Bloomberg befragt wurde. Diese ist nach eigenen Angaben an den Mitschnitt eines etwa fünfminütigen Telefonats vom 14. Oktober gelangt, den sie als schriftliches Transkript veröffentlichte. Darin spricht Witkoff mit Juri Uschakow, dem außenpolitischen Berater von Kremlchef Wladimir Putin. Er gibt ihm offenbar Tipps, dass man Trumps Ohr mit Lob für dessen Frieden in Gaza erreichen könne. Tatsächlich scheinen die Ratschläge in ein Telefonat Putins und Trumps am 16. Oktober gemündet zu sein.

Witkoff ist kein Diplomat, sondern Immobilienunternehmer wie Trump. Während es selbst in der Republikanischen Partei Rücktrittsforderungen gegen Witkoff gab, deutete auf russischer Seite Kremlsprecher Dmitri Peskow die Veröffentlichung als Versuch, Friedensbemühungen zu untergraben.

Trump: „Ganz normale Verhandlungen“

Trump sagte, er habe die Aufnahme des Gesprächs zwar nicht gehört, für ihn klinge das Ganze aber nach „ganz normalen Verhandlungen“. Man müsse der Ukraine russische Positionen vermitteln und umgekehrt Moskau Forderungen aus Kiew. In dem Bloomberg-Bericht wird auch ein Telefonat von Ende Oktober zitiert zwischen dem Putin-Berater Uschakow und dem Sondergesandten Kirill Dmitrijew. Dieser schlug vor, ein inoffizielles Dokument als angeblichen Friedensplan durchsickern zu lassen. Selbst wenn die USA dies nicht vollständig übernehmen sollten, seien immer noch genügend Moskauer Gesichtspunkte berücksichtigt, argumentierte Dmitrijew. Tatsächlich wurde das Papier zunächst inoffiziell über ein US-Medium publik. Diese Passage stärkt Vermutungen, dass der Friedensplan, den die USA seit vergangener Woche vertreten, zumindest teilweise russische Wurzeln hat.

Ungeachtet der Aufregung um die Telefonate laufen die diplomatischen Anstrengungen weiter. Witkoff werde kommende Woche in Moskau erwartet und höchstwahrscheinlich von Putin empfangen, bestätigte Uschakow. (rn/dpa)

›› Thema Seite 3

Russisches Vermögen für Kiew

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen treibt die Pläne zur Nutzung von russischem Vermögen in der EU voran. Die Kommission sei bereit, einen Rechtstext für die Nutzung der in Europa festgesetzten russischen Zentralbankgelder vorzulegen, sagte von der Leyen vor dem EU-Parlament in Straßburg. Die bisherigen Pläne sehen vor, der Ukraine unter Nutzung der russischen Mittel Darlehen in Höhe von bis zu 140 Milliarden Euro zu geben. Russland soll das Geld nur dann zurückbekommen, wenn es nach einem Ende seines Angriffskriegs gegen die Ukraine Reparationszahlungen leistet.

Für den Fall, dass das eingefrorene russische Geld zum Beispiel infolge von internationalen Urteilen oder Deals unerwartet wieder freigegeben werden müsste, müssten die EU-Staaten lediglich Garantien leisten. Blockiert wird der Plan derzeit von Belgien. Die Regierung dort sieht erhebliche Rechtsrisiken. (dpa)

Bahn lässt Teil der Baustellen zu Weihnachten ruhen

DB-Chefin Palla erwartet trotzdem eine weiter sinkende Pünktlichkeit

Berlin. Die Deutsche Bahn will über die Weihnachtsfeiertage einen Teil der Baustellen im Schienennetz ruhen lassen, um den erwarteten Reiseansturm besser bewältigen zu können. Das kündigte die Vorstandschefin Evelyn Palla im Podcast von „Table.Briefings“ an. „Wir werden versuchen, das Baugeschehen runterzufahren über die Weihnachtsfeiertage, damit wir da eine Entlastung im Schienennetz haben“, sagte Palla. Die Bahn rechne mit mehr als fünf Millionen Fahrgästen rund um Weihnachten. „Alles wird rollen, was rollen kann“, sagte Palla mit Blick auf den Einsatz aller verfügbaren Züge.

Trotz der Maßnahmen rechnet der Staatskonzern mit weiter sinkender Pünktlichkeit. Im Fernverkehr werde der Wert in diesem Jahr voraussichtlich unter 60 Prozent liegen. „Wir werden im Fernverkehr bis Ende des Jahres wahrscheinlich eine Fünf vorne sehen“, bekräftigte Palla. Im Oktober hatte die Quote bei 51 Prozent gelegen. Auch 2026 sei keine Besserung in Sicht: Die Zahl der Baustellen solle von derzeit rund 26.000 auf etwa 28.000 steigen. Erst 2027 werde sich die Lage spürbar entspannen.

In der Region müssen sich Fahrgäste unterdessen vor Weihnachten noch einmal auf Einschränkungen einstellen: Vom 14. bis 21. Dezember finden Oberleitungsarbeiten zwischen Hürth-Kalscheuren und Bonn Hauptbahnhof statt. Deshalb kommt es zwischen Köln und Bonn zu Teilausfällen auf den Linien RE 5, RB 26 und RB 48. (dpa/EB)

Reul beharrt auf harter Linie bei Stadionsicherheit

Düsseldorf. Im Streit um verschärfte Stadionsicherheit im Profifußball verteidigt NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) die harte Linie der Innenministerkonferenz. „Die Vereine sind ihrer Verantwortung bislang nicht ausreichend nachgekommen“, sagte Reul.

Die Innenministerkonferenz will kommende Woche über personalisierte Tickets, einheitliche Stadionverbote für Beschuldigte in Ermittlungsverfahren und KI-gestützte Kameraerfassung von Hooligans beraten. Die in NRW mitregierenden Grünen gingen dagegen am Mittwoch auf Distanz. Landeschef Tim Achtermeyer forderte die IMK auf, Abstand von „unverhältnismäßigen Maßnahmen“ zu nehmen. (EB)

›› Politik Seite 7

Generaldebatte: Merz verteidigt im Bundestag seinen Kurs

Spahn und Miersch hoffen auf baldige Lösung in Streit um Rentenniveau

Berlin. Angesichts der wachsenden Kritik an seiner Regierung hat Friedrich Merz (CDU) im Bundestag um Geduld gebeten. Die „Reformerwartungen“ an die Koalition seien „zum Teil größer, als wir sie im Augenblick erfüllen“, gestand der Bundeskanzler am Mittwoch in seiner Rede in der so genannten Generaldebatte über den Haushaltsentwurf vor den Abgeordneten in Berlin. Angesichts der Größe der Aufgaben wolle seine Regierung aber „nichts übers Knie brechen“. Die Opposition warf dem Kanzler Versagen vor.

Merz machte in seiner Rede deutlich, dass er keinen Anlass für eine Kurskorrektur sieht. Die Bundesregierung werde „den Weg der Erneuerung unseres Landes“ weitergehen, betonte er. Die „wesentliche Aufgabe“ der von ihm geführten Regierung sehe er darin, „die vielfältigen Interessen, die es in unserem Land gibt, in Einklang und in einen Ausgleich miteinander zu bringen“.

In der Plenardebatte kam auch der aktuelle Rentenstreit in der Koalition zur Sprache. Die Vorsitzenden der Fraktionen von Union und SPD im Bundestag, Jens Spahn (CDU) und Matthias Miersch, zeigten sich zuversichtlich, dass der Streit um die Sicherung des Rentenniveaus bald gelöst werden könne. Als nächsten Schritt stellten sie eine umfassende Reform des Rentensystems in Aussicht, mit der 2026 begonnen werden solle.

Die Generaldebatte fand anlässlich der abschließenden Haushaltsberatungen des Bundestags über den Etat 2026 statt. Der Haushalt soll am Freitag verabschiedet werden, er sieht Rekordausgaben von 524,54 Milliarden Euro vor. (afp)

›› Debatte Seite 2

Das Wetter heute

6° Anfangs kommt noch etwas die Sonne durch, dann wird es zunehmend bewölkt. Regenschauer sind immer wieder möglich.

Abo-Service
0221/925864-20
abo-kundenservice@tageszeitung.koeln

Anzeigen
0221/925864-10
anzeigen@tageszeitung.koeln
www.rundschau-online.de

4 190244 602408 40048

Anzeige

Weingarten
www.modeweingarten.de
Weingarten GmbH & Co. KG
Friesenplatz 19, 50672 Köln
kostenlos P Brabanter Straße 32 – 34
Mo. – Sa. 10.00 – 20.00 Uhr, Tel. (0221) 95 14 15 – 0